Sir Edward Greys Konferenzvor...

Max Beer

SIR EDWARD GREYS KONFERENZVORSCHLAG

UND ANDERE STREITFRAGEN DER DIPLOMATISCHEN POLEMIK

VON

DR MAX BEER

Ferd. Wyss

Verlag Bern

1916

Die folgenden Aufsätze behandeln auf Grund des amtlichen Aktenmaterials einige der wesentlichen Streitfragen aus der diplomatischen Polemik dieser Zeit. Alle drei Abhandlungen sind zuerst im „Berner Tagblatt" erschienen.

Der lebhafte Widerhall, den sie in der Presse und der Oeffentlichkeit fanden, der Wunsch zahlreicher Leser nach einer Zusammenstellung wurden die Veranlassung zu der vorliegenden Ausgabe. Diese Arbeit erhebt natürlich nicht den Anspruch, die behandelten Probleme völlig zu erschöpfen; sie will aber als durchaus sachliche und gewissenhafte Darstellung der aufgeworfenen Streitfragen gewertet sein.

Bern, im Oktober 1916.

Dr. Max Beer.

INHALT:

SIR EDWARD GREYS KONFERENZVORSCHLAG

Um den Vorwurf von sich abzuwälzen, England sei verantwortlich für die Verlängerung des Krieges, bemühte sich Sir Edward Grey immer wieder, Deutschlands Schuld und Englands Unschuld mit seinem längst bekannten Lieblingsargument nachzuweisen: Der Krieg wäre zu vermeiden gewesen, wenn Deutschland nicht grundlos und willkürlich den englischen Konferenzplan abgelehnt hätte. Von deutscher Seite ist darauf immer wieder mit der prinzipiellen Erörterung des Konferenzgedankens geantwortet worden. Der wahre Sachverhalt aber ist der Oeffentlichkeit in voller Klarheit immer noch nicht hinreichend bekannt geworden. Die folgenden Ausführungen sollen daher auf Grund des amtlichen Materials, das uns heute schon ausreichend zur Verfügung steht, in knappen Zügen Entstehen, Wesen und Schicksal des Greyschen Konferenzgedankens darstellen.

Das Entstehen des Konferenzvorschlages.

Der Plan einer Vermittlung erwuchs aus Gesprächen, die Grey und der französische Botschafter Paul Cambon am 24. Juli nach Ueberreichung der österreichischen Note in Belgrad miteinander führten. Grey dachte zunächst an eine lose Vermittlung zwischen Wien und St. Petersburg durch die vier unbeteiligten Mächte, Deutschland, Frankreich, Italien und England. Cambon ändert diesen Plan sofort zu einem neuen um, der ohne weiteres dem deutschen Lokalisationsprinzip (eine Einmischung zwischen Oesterreich und Serbien sei unstatthaft) zuwiderlief. Er will eine Vermittlung zwischen Wien und Belgrad. Er will keinen Druck auf Petersburg, sondern einen deutschen Druck auf Wien. Aus allen weiteren amtlichen Dokumenten, namentlich aus den Akten der französischen Regierung, geht immer wieder mit deutlichster Klarheit hervor, dass von Anbeginn an nicht eine Vermittlung zwischen Russland und

Oesterreich, sondern eine Vermittlung zwischen Oesterreich und Serbien geplant war. Grey machte sich diese Auffassung vollständig zu eigen, vermied es aber, in seinen verschiedenen Gesprächen mit dem deutschen Botschafter in London diesen wahren Kern des Vermittlungsgedankens zu enthüllen. Im Gegenteil, er verfehlte nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass eine Vermittlung nur im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes stattfinden solle und daher, solange der Konflikt sich auf Wien und Belgrad beschränke, nicht angebracht sei.

Am 26. Juli brachte endlich Grey den Vermittlungsplan in eine feste Form. Er sandte an die englischen Botschafter in Paris, Berlin und Rom folgendes Telegramm:

«Würde der Minister des Aeussern geneigt sein, den Londoner Botschafter seines Landes zu beauftragen, sogleich einer Konferenz mit mir und den Vertretern Frankreichs, Italien und Deutschlands beizuwohnen, um zu beraten, welche Massnahmen zu ergreifen wären, um Verwicklungen vorzubeugen? Fragen Sie den Minister, ob er dem beistimmt. Wenn er bejaht, so müssten, wenn diese Anregung den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, unterbreitet werden, die betreffenden Vertreter in Belgrad, Wien und Petersburg ermächtigt werden, die Einstellung aller aktiven militärischen Massnahmen bis zur Beschlussfassung der Konferenz zu verlangen.» (Englisches Blaubuch Nr. 36.)

Ueber diesen Vorschlag äusserte sich Grey selbst in seiner Unterhausrede vom 27. Juli folgendermassen:

«Bei diesem Vorschlag ist die Zusammenarbeit der vier Mächte natürlich das Wichtigste. In einer so schweren Krisis wie diese würden die Bemühungen einer einzelnen Macht, den Frieden zu erhalten, wirkungslos sein. Die Zeit, die uns in dieser Angelegenheit zur Verfügung stand, war so kurz, dass ich es riskieren musste, einen Vorschlag zu machen, ohne die üblichen vorbereitenden Schritte zu unternehmen, und ohne mich zu versichern, ob er gut aufgenommen wird. Aber wo die Dinge so ernst sind

und die Zeit so kurz ist, lässt sich die Gefahr, etwas Unvollkommenes vorzuschlagen, nicht vermeiden. Ich bin trotzdem der Ansicht, vorausgesetzt, dass der in der Presse erschienene Text der serbischen Antwort richtig ist, wie ich es glaube, dass dieser Vorschlag wenigstens eine Grundlage bilden sollte, auf der eine freundschaftliche und unparteiische Gruppe von Mächten, unter denen sich solche befinden, die bei Oesterreich-Ungarn und Russland gleiches Vertrauen geniessen, eine Beilegung finden könnte, welche allgemein annehmbar sein würde. »

Das Wesen des Konferenzvorschlages.

Aus dem Telegramm an die Botschafter und dem Grey'schen Kommentar zu dem Vorschlag geht also hervor, dass sich das Konferenzprojekt auf folgenden Voraussetzungen aufbaute:

1. Die Einstellung der militärischen Massnahmen.
2. Die Richtigkeit des in der Presse erschienenen Textes der serbischen Antwort.
3. Das Bestehen einer unparteiischen Gruppe von Mächten.
4. Die Unparteilichkeit Greys, der ja mit keiner Partei vorher Fühlung genommen haben wollte.

Dazu kam als 5. Voraussetzung die Gewähr, dass es sich wirklich um eine Vermittlung zwischen Russland und Oesterreich und nicht um die von Deutschland und Oesterreich von vornherein abgelehnte Einmischung in den serbisch-österreichischen Konflikt handle.

Will man das wahre Wesen des Konferenzvorschlages erkennen, so genügt es, diese fünf Voraussetzungen näher zu betrachten:

1. Bekanntlich hatte bereits Russland einen Tag bevor Grey sein Konferenzprojekt lancierte, die Mobilmachung begonnen und war nicht dazu zu bewegen, seine militärischen Massnahmen einzustellen. Von französischer und englischer Seite wurde der deutschen Bitte, Russland zum Einhalten seiner gefahrbringenden militärischen Massnahmen zu

veranlassen, nicht die geringste Folge geleistet. England selbst ergriff Flottenmassregeln. Die Verhandlungen über den Konferenzvorschlag fanden bei wachsender Entfaltung der russischen Militärmacht statt.

2. Als Grey seinen Konferenzvorschlag in die Welt schickte, kannte er nicht den Wortlaut der serbischen Antwort, sondern nur ein Zeitungsrésumé. Ein Vergleich zwischen diesem Résumé, das den Eindruck macht, als habe Serbien sämtliche österreichischen Bedingungen angenommen, und dem offiziellen Wortlaut der Antwortnote, aus dem sich ergibt, dass Serbien nur einen einzigen Punkt vorbehaltlos annahm, die andern ablehnte oder mit Einschränkungen umgab, zeigt, dass auch die zweite Voraussetzung für die Annahme und das Gelingen des Konferenzvorschlages hinfällig war.

3. Die wichtigste Voraussetzung — das Bestehen einer freundschaftlichen und unparteiischen Gruppe von Mächten — kommt überhaupt nicht in Betracht. Frankreich hatte auf schärfste Weise für Russland Stellung genommen und jede Solidarität mit Deutschland abgelehnt. Was die Unparteilichkeit Italiens betrifft, so ist es wohl überflüssig, in nähere Erörterungen einzutreten. Auf der Konferenz hätten also einfach zwei feindliche Gruppen einander gegenüber gestanden und Deutschland wäre von vornherein in der Minderheit gewesen.

4. Stand Grey über den Parteien? Er behauptet, dass er nicht vorher mit den Mächten Fühlung genommen habe. Es muss hier leider festgestellt werden, dass diese Worte eine grobe Unwahrheti enthalten. Zunächst sei daran erinnert, dass der Vorschlag aus engster Fühlungnahme Englands mit Frankreich erwachsen war. Ausserdem liefert uns aber das russische Orangebuch den Beweis, dass Grey seinen Plan erst auf Grund vorherigen Einverständnisses mit Russland lanciert hatte. Im Orangebuch Nr. 31, in einem Telegramm des russischen Botschafters, findet sich nämlich folgende Stelle: «Da er (Grey) durch den englischen Botschafter in St. Petersburg er-

ren hat, dass Sie geneigt sind, diese Kombination anzunehmen, hat Grey beschlossen, sie in einen offiziellen Vorschlag umzuwandeln, den er gestern in Berlin, Paris und Rom unterbreitete.»

An dem Werden des Konferenzvorschlages waren also Russland und Frankreich beteiligt, während Oesterreich und Deutschland nicht verständigt worden waren. Es handelt sich also nicht um einen unparteiischen Vermittlungsversuch, sondern einfach um eine englische Aktion zugunsten und zum Vorteil der Entente, die sich nur äusserlich den Schein der Unparteilichkeit gab.

5. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass der Konferenzvorschlag keine Vermittlung zwischen Russland und Oesterreich, sondern eine Einmischung in den österreichisch-serbischen Konflikt bezweckte, eine Einmischung, die von vornherein für Deutschland und Oesterreich — nach Kundgabe des Lokalisationsprinzips und nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien — ausgeschlossen war. Die Dreiverbandsveröffentlichungen, vor allem das französische Gelbbuch, enthalten in der Tat zahlreiche wichtige Belege dafür, dass es sich bei dem Konferenzvorschlag einfach um eine bewusste Täuschung Deutschlands und Oesterreichs handelte. Es mag hier genügen, folgende Sätze aus dem Dokumente Nr. 76 des Gelbbuches, einem Telegramm des französischen Ministerpräsidenten und Ministers des Aeussern, Viviani, anzuführen, der das Grey'sche Projekt bespricht:

«Ich billige völlig die von Sir E. Grey angeregte Kombination und ich fordere Herrn Paul Cambon direkt auf, es ihm mitzuteilen. Es ist wichtig, dass man in Berlin weiss, dass unsere volle Mitwirkung den Bemühungen sicher ist, welche die englische Regierung für eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes anstellt. Die Aktion der vier weniger interessierten Mächte kann aus den oben dargelegten Gründen nicht nur in Wien und St. Petersburg ausgeübt werden. Indem er vorschlägt, sie auch in Belgrad auszuüben, das heisst vor allem

zwischen Wien und Belgrad, tritt Sir E. Grey in die Logik der Lage zurück; und indem er St. Petersburg nicht ausschliesst, bietet er Deutschland ein Mittel, in aller Würde seine Demarche aufzugeben, durch welche die deutsche Regierung in Paris und London erklären liess, dass sie die Angelegenheit als eine rein österreichisch-serbische ohne allgemeinen Charakter ansieht.»

Ein klareres Eingeständnis, dass man die Zentralmächte mit dem Konferenzvorschlag zu täuschen gedachte, ist nicht denkbar. Es kam den Verfechtern der Konferenzidee nicht auf eine Beilegung eines etwaigen österreichisch-russischen Konfliktes an, wie sie immer wieder erklärten, sondern auf eine diplomatische Niederringung Oesterreichs und Deutschlands in der serbischen Angelegenheit.

Wir sehen also, dass keine der fünf Voraussetzungen, auf Grund deren allein der Grey'sche Konferenzvorschlag diskutierbar gewesen wäre, zutraf. Eine glatte Ablehnung des Konferenzvorschlages hätte also die Entente-Diplomatie nicht überraschen können. Dass man in der Tat in den Kreisen der Entente mit der Ablehnung rechnete, geht übrigens auch mit der wünschenswertesten Deutlichkeit aus dem englischen Blaubuch hervor. Der englische Botschafter in Wien telegraphierte nämlich sofort nach Erhalt des Grey'schen Konferenzplanes nach London, dass die französischen und russischen Kollegen in Wien sich sehr befriedigt äusserten, jedoch «bezweifelten, dass das zugrunde liegende Prinzip, nach dem Russland als interessierte Partei das Recht zum Mitsprechen hat in der Beilegung eines rein österreichisch-serbischen Streitfalles, von der österreichisch-ungarischen Regierung anerkannt werden kann.» (Blaubuch 40).

Die Ententediplomatie erkennt hier also sogleich, dass es sich bei dem Grey'schen Projekt einfach darum handelt, das von Deutschland und Oesterreich längst abgelehnte Prinzip der russischen Intervention durchzudrücken, dass der Konferenzvorschlag im Grunde

nichts anderes bedeutete als eine drohende Stellungnahme der Entente gegen die deutsch-österreichische Lokalisationspolitik, als eine scharfe Parteinahme für Russland, und dass er daher von den Zentralmächten abgelehnt werden würde. Die spätere Entrüstung der Ententediplomatie über die angeblich glatte Ablehnung des Konferenzvorschlages war also gegenstandslos.

Man sieht, dass nach sachlicher Prüfung der Entstehungsgeschichte und des Wesens des englischen Konferenzvorschlages die Grey'sche Aktion in einem ganz anderen Lichte erscheint, als in den Reden und Interviews des englischen Staatssekretärs.

Das Schicksal des Konferenzvorschlages.

Nach Greys Angaben hatte die Konferenzidee folgendes Schicksal: Der ganze schöne, friedenversprechende Plan scheiterte an dem hartnäckigen Widerstand Deutschlands. Während alle Mächte der Ententegruppe an seiner Verwirklichung arbeiteten, lehnte Deutschland das Problem ohne weiteres ab.

Diese Darstellung konnte nur aufrechterhalten werden durch beharrliches Verschweigen einiger der wichtigsten Vorgänge aus der Vorgeschichte des Krieges, die jedoch der Ententediplomatie sehr gut bekannt sind. Werden wir uns doch ausschliesslich der Dokumente des englischen Blaubuches und des russischen Orangebuches bedienen, um sie in aller Kürze zusammenzufassen.

Blau- und Orangebuch berichten, dass Sasonow, obgleich er sich bei der ersten Anfrage der englischen Diplomatie mit dem Konferenzprojekt einverstanden erklärt hatte, noch vor der offiziellen Einbringung des englischen Planes *selbst einen Weg zur Beilegung der europäischen Spannung gefunden und empfohlen hatte.* Er hatte in Wien um Anbahnung direkter Verhandlungen zwischen den österreichischen und russischen Kabinetten ersucht und die deutsche Regierung um Begünstigung dieses Planes gebeten. Berlin erkannte sofort, dass hier der direkte und den besten Erfolg versprechende Weg zur Lösung

des Konfliktes gegeben war und willfahrte bereitwilligst der russischen Bitte. Oesterreich war desgleichen mit dem russischen Vorschlag einverstanden, während es den englischen Konferenzgedanken als durch die Ereignisse überholt erachtete.

Selbstverständlich konnten das Grey'sche und das Sasonow'sche Projekt nicht gleichzeitig durchgeführt werden. Eines machte das andere hinfällig. Daher wies auch der russische Botschafter in London, als er in dem bereits zitierten Telegramm Nr. 31 des Orangebuches am 27. Juli Herrn Sasonow von der bevorstehenden Uebermittlung des Grey'schen Planes verständigte, auf diesen Widerspruch hin und bat den russischen Minister des Aeussern, ihm mitzuteilen, «ob die direkten Pourparlers mit dem Wiener Kabinett mit dem Grey'schen Projekt über die Vermittlung der vier Regierungen übereinstimmen». Und Sasonow selbst gab gleichzeitig dem englischen Botschafter, als dieser ihn von der endgültigen Gestalt des Konferenzplanes unterrichtete, eine klare und bündige Erklärung über die durch sein eigenes Projekt geschaffene neue Lage ab, worüber er selbst im Orangebuch Nr. 32 folgendermassen berichtet:

«Ich antwortete dem Botschafter, dass ich Pourparlers mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter unter, wie ich hoffe, günstigen Umständen eingeleitet habe. Jedoch habe ich noch keine Antwort auf meinen Vorschlag erhalten, eine Revision der Note durch die beiden Kabinette vorzunehmen.

Wenn die direkte Auseinandersetzung mit dem Wiener Kabinett sich als unerreichbar herausstellt, bin ich bereit, den englischen Vorschlag oder jeden andern Vorschlag, der geeignet ist, den Konflikt günstig zu lösen, anzunehmen.»

Das war die Stellungnahme Sasonows: Nachdem er zuerst der Grey'schen Idee zugestimmt hatte, wünschte er nun, *dass der Konferenzvorschlag vorläufig zurückgestellt werde zugunsten der direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg.*

Die deutsche Regierung ging mit der russischen in dieser Frage einig. Sie betonte einerseits, dass sie ihren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht ziehen könne, aber zu jeder Vermittlungstätigkeit zur Verhinderung eines österreichisch-russischen Konfliktes bereit sei. Uebereinstimmend mit Sasonows Worten erklärte Bethmann Hollweg andrerseits dem englischen Botschafter Goschen nach dessen Bericht im Blaubuch Nr. 42, «dass soeben aus St. Petersburg eingetroffene Nachrichten beweisen, dass Herr Sasonow beabsichtige, in einen Meinungsaustausch mit Grafen Berchtold zu treten. Er dachte, dass diese Art des Verfahrens zu einem befriedigendem Ergebnis führen könne, und dass es daher das beste wäre, bevor man etwas anderes unternähme, das Resultat des Meinungsaustausches zwischen Oesterreich-Ungarn und der russischen Regierung abzuwarten.»

Was tat nun England?

England schloss sich der deutsch-russischen Auffassung an. Das geht aus einer Reihe von Entente-Dokumenten hervor, auch aus den Akten des französischen Gelbbuches, wie Nr. 80. Wir begnügen uns damit, zwei Dokumente des englischen Blaubuches, Telegramme Greys an den englischen Botschafter in Berlin, beide vom 27. Juli, anzuführen:

Blaubuch Nr. 67.

«Die Erklärung in Ihrem Telegramme vom 27. Juli über meine Absicht, als ich die Abhaltung einer Konferenz vorschlug, ist vollständig richtig. Es würde kein Schiedsgericht sein, sondern eine private und zwanglose Diskussion zur Verständigung über einen Vorschlag, der zu einer Lösung führen könnte. Kein Vorschlag würde gemacht werden, ohne dass man vorher in Erfahrung gebracht hätte, ob er den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Russlands genehm sei, mit denen die vermittelnden Mächte durch ihre verschiedenen Verbündeten leicht in Fühlung bleiben könnten.

Aber so lange Aussicht vorhanden ist, dass Oesterreich-Ungarn und Russland ihre Meinungen direkt austauschen, werde ich jeden anderen Vorschlag einstellen, da dies mir die beste Gewähr auf Erfolg zu sein scheint.

Ich erfahre, dass der russische Minister des Aeusseren der österreichisch-ungarischen Regierung einen freundschaftlichen Meinungsaustausch angeboten hat, und sollte die letztere dies annehmen, so würde zweifellos eine Entspannung eintreten und so die Lage weniger kritisch gestaltet werden.

Es ist sehr erfreulich, vom deutschen Botschafter hier zu vernehmen, dass die deutsche Reichsregierung in Wien eine Aktion im Sinne meines gestrigen Telegrammes an Sie ausgeführt hat.»

Blaubuch Nr. 68.

«Da die deutsche Reichsregierung das Prinzip einer Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland durch die vier Mächte angenommen hat, so bin ich, wenn nötig, bereit, vorzuschlagen, der deutsche Staatssekretär möge die Grundzüge anregen, auf welchen eine solche Vermittlung einsetzen könnte. Ich will jedoch mit dieser Idee zurückhalten, bis wir sehen, wie die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland fortschreiten.»

In einem Telegramm an den englischen Botschafter in Petersburg spricht sich Grey gleichfalls befriedigt über die direkten Verhandlungen aus. Wir sehen also: Im Interesse der von Russland gewünschten direkten Verhandlungen, die Deutschland unterstützte, zog Grey selbst seinen Konferenzvorschlag zurück!*)

*) Ich habe seinerzeit bereits im «Regenbogenbuch» (Bern, 2. Aufl. 1916, Verlag Ferd. Wyss), dessen 1. Auflage Anfang August 1915 erschien, nachdrücklich den letzten wichtigen Punkt besprochen. Am 19. August wies auch der deutsche Reichskanzler in seiner Rede darauf hin, dass die direkten Verhandlungen erfolgversprechend waren und Sir Edward Grey sich damals dem deutschen Standpunkt vollkommen angeschlossen und seinen Konferenzvorschlag zurückgestellt hatte.

Wenn Sir E. Grey und die übrigen Staatsmänner der Entente — die Diplomaten des Gelbbuches tun sich hierbei besonders hervor — immer wieder behaupten, dass Deutschland durch Ablehnung des Konferenzgedankens den Weltfrieden zertrümmert habe, so stehen dieser leichten Konstruktion also folgende aktenmässig begründeten Tatsachen gegenüber:

1. Der Konferenzgedanke war eine Falle. Die Entente wollte keine Vermittlung zwischen Wien und Petersburg, sondern eine Intervention in dem österreichisch-serbischen Konflikt, was unweigerlich zum Kriege oder zu einer schweren diplomatischen Demütigung der Zentralmächte führen musste.

2. Der Konferenzgedanke scheiterte aber trotzdem nicht an einer einseitigen Ablehnung durch die Zentralmächte. Russland wünschte ein Aufgeben dieses Planes zugunsten der direkten Verhandlungen mit Wien.

3. Deutschland, wie Oesterreich, stimmte dem russischen Plane zu.

4. England fügte sich gleichfalls dem russischen Standpunkte und zog sein Projekt zurück.

Das ist der wahre Tatbestand.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir untersuchen wollten, wie die Entente die direkten österreichisch-russischen Verhandlungen, die an die Stelle der Konferenz traten, zum Scheitern brachte und welche Rolle namentlich Frankreich hierbei spielte, das immer wieder die Wiederaufnahme des erledigten Konferenzprojektes verlangte. Diese Untersuchung sei einer anderen Arbeit vorbehalten, in der die Geschichte des Konferenzplanes in den weiteren Zusammenhang der übrigen diplomatischen Bemühungen gestellt werden soll. Hier galt es nur, in aller Kürze der Legende von dem durch Deutschlands Böswilligkeit zertrümmerten Konferenz-Projekt entgegenzutreten und nach den englisch-russisch-französischen Akten festzustellen, dass Russland und England in der Zurückziehung des Grey-

schen Planes mit Deutschland einig waren, und dass es daher eine der grössten Ungerechtigkeiten und Unrichtigkeiten in der diplomatischen Polemik ist, wenn Sir Edward Grey immer wieder Deutschland für das ruhmlose Schicksal seines zweifelhaften Lieblingsprojektes verantwortlich macht.

WAS TAT FRANKREICH, UM RUSSLAND ZURÜCKZUHALTEN?

In seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 teilte der deutsche Reichskanzler der Oeffentlichkeit ein bis dahin völlig unbekanntes wichtiges Aktenstück zur Vorgeschichte des Krieges mit, das über Deutschlands Grenzen hinaus den grössten Eindruck machte. Es war dies ein höchst charakteristisches Telegramm an den Wiener Botschafter, in dem der Kanzler auf das energischste erklären liess, dass Deutschland sich durch eine etwaige Wiener Intransigenz nicht in einen Krieg hineintreiben lassen werde. Dieses Telegramm war im deutschen Weissbuch nicht veröffentlicht worden. Aber andere deutsche und österreichisch-ungarische Dokumente, wie auch Dokumente des englischen Blaubuches, hatten bereits den Nachweis geführt, dass Deutschland rastlos und mit bestem Erfolg die Wiener Regierung zur Nachgiebigkeit Russland gegenüber veranlasst hatte und die deutschen Vermittlungsbemühungen und die Wiener Nachgiebigkeit nur an der russischen Hartnäckigkeit scheiterten.

Die Veröffentlichung dieses Aktenstückes löste naturgemäss folgende ergänzende Frage aus: Standen den deutschen Bemühungen in Wien entsprechende Bemühungen Frankreichs in St. Petersburg zur Seite? Man begreift ohne weiteres die Wichtigkeit dieser Frage, ihre Wichtigkeit für die Ergründung der russischen Politik während der Krisis im Juli des Jahres 1914 und ihre Wichtigkeit für die Erkenntnis der französischen Verantwortung an der Katastrophe.

Die französische Regierung hat wiederholt feierlich erklärt, dass sie unermüdlich im Sinne des Friedens gewirkt habe. Sie erklärte das während der Krisis und nach Ausbruch des Krieges. Welche Belege kann man auf französischer Seite für diese Behauptung ins Feld führen?

In den gesamten Akten über die Kriegsverhandlungen des Jahres 1914 suchen wir vergeblich nach irgend einem Schriftstück, in dem Frankreich Russland gegenüber eine Sprache geführt hätte, die auch nur im Entferntesten an die deutsche Sprache in Wien erinnerte. Wir suchen vergeblich nach irgend einem positiven Beweis für französische Bemühungen in Russland. Weder das englische Blaubuch, noch das französische Gelbbuch, noch das russische Orangebuch enthalten irgend ein Dokument, das über französische Vorstellungen in St. Petersburg berichtet. Dafür aber finden wir in diesen Aktensammlungen zahlreiche Belege für das entgegengesetzte Verhalten, Belege für eine äusserst energische, Russland stärkende und aufmunternde Politik.

Diese Politik zeigte sich zunächst in der allgemeinen Stellungnahme der französischen Regierung zu dem serbisch-österreichischen und dann dem österreichisch-russischen Konflikt. Frankreich stand vom ersten Tage an auf Serbiens Seite und dann auf Seite Russlands. Daraus allein wäre den Franzosen noch nicht ein ernster Vorwurf zu machen. Bedenklicher aber ist es, dass diese Stellungnahme sich sogleich mit der äussersten Entschlossenheit, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, paarte.

Am 24. Juli erhielt Sasonow Nachricht von der Ueberreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums in Belgrad. Nach dem ausführlichen Bericht des englischen Botschafters in St. Petersburg, Buchanan (englisches Blaubuch Nr. 6) eilte Sasonow sogleich auf die französische Botschaft, wohin er gleichfalls den englischen Botschafter kommen liess. Hier, auf der französischen Botschaft, fand sogleich ein förmlicher Kriegsrat statt, in dessen Verlauf Herr Buchanan noch das mässigende und beruhigende Element bildete, während der französische Botschafter, Herr Paléologue, unverzüglich eine intransigente Haltung einnahm. Sasonow erklärte, der Krieg stehe vor der Tür, worauf Paléologue dem englischen Kollegen mitteilte, «dass

Frankreich alle die aus seinem Bündnis mit Russland erwachsenen Pflichten erfüllen werde, wenn es notwendig würde, und dass es ausserdem Russland fest in jedwelchen diplomatischen Verhandlungen unterstützen werde.» Buchanan hielt den gegenwärtigen Augenblick noch nicht für eine derartige tragische Auffassung reif. Er weigerte sich, ein englisches Solidaritätsversprechen zu geben. Der französische Botschafter unterstützte ihn in seiner beruhigenden Interpretation der Lage nicht. Er drang, nach Buchanans Worten, gemeinsam mit Sasonow in den Engländer, um ihn zu einem bindenden Versprechen zu veranlassen. Der Eindruck, den Buchanan von dieser Unterredung am 24. mitnahm, war äusserst pessimistisch. «Nach der Sprache des französischen Botschafters,» telegraphierte er nach London, «scheint es mir, dass selbst, wenn wir es ablehnen sollten, uns ihnen anzuschliessen, Frankreich und Russland entschlossen sind, eine feste Haltung einzunehmen.»

Am Tage, da diese denkwürdige Unterhaltung stattfand — von der weder Gelb- noch Orangebuch ein Sterbenswörtchen verraten — *), telegraphierte Paléologue nach Paris, dass die «Solidarität des Dreiverbandes betont werden müsse,» da dies alleine die «provozierende Haltung» der «germanischen Mächte» unterbinden könne.

Das war die Stellungnahme Frankreichs bereits am 24. Juli: Entschlossenes und rückhaltloses Zusammengehen mit Russland. Man durfte nun hoffen, dass die vielfachen Bemühungen Deutschlands, in direkter Fühlung mit Frankreich zu bleiben, inmitten des Konfliktes ein deutsch-französisches Zusammengehen anzubahnen, das dem Konflikte die Schärfe genommen hätte, mil-

---

*) Ein Anhang des Gelbbuches enthält eine Zusammenstellung von Akten aus den andern diplomatischen Farbenbüchern. Das englische Blaubuchdokument No. 6 ist dort abgedruckt, jedoch unter Auslassung des wichtigen und vor allem charakteristischen oben wiedergegebenen Schlussatzes: «Nach der Sprache des französischen Botschafters u. s. w.»

dernd wirken würden, dass Frankreich, wenn es auch nicht aus eigener Initiative in St. Petersburg einwirkte, die deutschen Bemühungen fördern würde. Das Gegenteil traf ein. Die französische Diplomatie nahm nicht nur alle deutschen Eröffnungen mit ablehnender und fast feindseliger Kühle auf: Sie denunzierte sie geradezu als Intrigen in St. Petersburg. Sie versäumte keine Gelegenheit, um die deutsche Politik in St. Petersburg zu verdächtigen und dadurch ihre Vermittlertätigkeit zu untergraben.

Hierfür sind zahlreiche Belege im Gelb- und Orangebuch, also in den französischen und russischen Akten, zu finden. So berichtet der stellvertretende Minister des Aeussern, Herr Bienvenu-Martin, am 26. Juli (französisches Gelbbuch Nr. 56), dass Herr von Schön ihn mit Hinweis darauf, dass Oesterreich keinen Angriff auf Serbiens Integrität und Unabhängigkeit plane, um einen französischen Schritt in St. Petersburg ersuchte und dabei u. a. sagte: «Deutschland fühle sich solidarisch mit Frankreich in dem heissen Wunsche, dass der Friede erhalten bleiben möge und hege die feste Hoffnung, dass Frankreich seinen Einfluss in beschwichtigendem Sinne in St. Petersburg geltend machen wird.» Nach seinem eigenen Bericht antwortete Bienvenu-Martin ablehnend, dass Russland sehr friedlich sei und Deutschland in Wien handeln müsse und ohne deutsche Gegenleistung nichts in Russland unternommen werden könne. Kurz darauf lehnte der stellvertretende Direktor des politischen Departements (französisches Gelbbuch Nr. 57) die Veröffentlichung der von Schön vorgeschlagenen Pressmitteilung, dass Deutschland und Frankreich in ihrer Wirksamkeit für den Frieden solidarisch seien, glattweg ab. Damit nicht genug, teilte Berthelot dem russischen Geschäftsträger in Paris, Sewastopulo, den Inhalt dieser Gespräche in einer Form mit, die die deutschen Absichten in ihr Gegenteil verkehrten, (russisches Orangebuch Nr. 29). «Der Direktor des politischen Departements erklärte,» so telegraphierte der russische Diplomat Herrn Sasonow, «dass nach seiner persönlichen Auffassung die aufeinander-

folgenden deutschen Demarchen in Paris den Zweck hätten, Frankreich einzuschüchtern und seine Intervention in St. Petersburg herbeizuführen.»

Am 27. Juli berichtete Bienvenu-Martin von neuem u. a. nach St. Petersburg über die Demarchen von Schöns (französisches Gelbbuch Nr. 62). Er erklärt unumwunden, dass diese Demarche nur den Zweck habe, «Frankreich in den Augen Russlands zu kompromittieren.» Eine ähnliche Mitteilung macht er dem inzwischen in Paris eingetroffenen russischen Botschafter Herrn Iswolsky, der nach St. Petersburg telegraphiert (russisches Orangebuch Nr. 35): «Nach der Ueberzeugung des Justizministers haben die oben angegebenen Demarchen Deutschlands den offenbaren Zweck, Russland und Frankreich miteinander zu überwerfen, die französisische Regierung zu Vorstellungen in St. Petersburg zu verlocken und auf diese Weise unseren Verbündeten in unseren Augen blosszustellen und schliesslich im Kriegsfalle die Verantwortlichkeit nicht auf Deutschland zu werfen, das angeblich alle Anstrengungen für die Erhaltung des Friedens macht, sondern auf Russland und Frankreich.»

Man kann sich leicht vorstellen, welche Wirkung diese verschiedenen Meldungen in St. Petersburg ausüben mussten. Sie mussten nicht nur die deutschen Demarchen in der russischen Hauptstadt abschwächen und ihrer Wirksamkeit berauben, sie mussten in St. Petersburg immer mehr den Glauben an Frankreichs Kriegsbereitschaft stärken. Auf jeden Fall ging aus ihnen hervor, dass Frankreich sich zu keinerlei beruhigender Aktion in St. Petersburg hergeben wollte. Ministerpräsident Viviani sprach in einem Telegramm vom 28. Juli, das er von Bord des Kriegsschiffes «France» absandte, Herrn Bienvenu-Martin seine Zufriedenheit mit der eingeschlagenen Politik aus (französisches Gelbbuch Nr. 76). «Ich billige völlig die Antwort, die Sie dem Freiherrn von Schön erteilt

haben; die These, die Sie vertraten, ist sonnenklar; in der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes sind wir vollkommen einer Meinung mit Russland, das nicht für die gegenwärtige Lage verantwortlich ist und noch keinerlei Massregel ergriffen hat, die den geringsten Verdacht erwecken könnte.»

Am 29. Juli endlich konnte Iswolsky seinem Minister ein Exposé (russisches Orangebuch Nr. 53) des Quai d'Orsay mitteilen, das der französische Minister des Aeussern für Herrn Poincaré angefertigt hatte. In diesem Exposé wurde der deutsche Wunsch, Paris möge in Petersburg seinen Einfluss ausüben, als «Sophismus» bezeichnet. «In Paris versuchte Freiherr von Schön vergebens,» heisst es u. a., «Frankreich zu einer mit Deutschland solidarischen Einwirkung auf Russland im Interesse des Friedens hinzureissen.» In diesem Russland zur Verfügung gestellten französischen Exposé wird gesagt, dass «Russland bisher die grösste Mässigung an den Tag gelegt habe», und Deutschlands Haltung als unaufrichtig bezeichnet. Am gleichen Tage konnte Iswolsky auf Grund einer Unterredung mit Viviani der russischen Regierung schliesslich die Zusicherung der französischen Bundeshilfe geben (russisches Orangebuch Nr. 55): «Viviani bestätigt mir soeben den festen Entschluss der französischen Regierung, in Uebereinstimmung mit uns zu handeln.»

Was alleine Russland an seinen übereilten militärischen Massregeln hätte hindern können, das war ein französischer Druck, der dem deutschen Druck auf Oesterreich-Ungarn entsprochen hätte. Dieser Druck wurde nie ausgeübt. Im Gegenteil: in kritischen Augenblicken erfolgte immer wieder das energische aufmunternde Versprechen, Frankreich werde Russland nicht im Stiche lassen. Als am 29. Juli der deutsche Botschafter Herrn Sasonow erklärte, dass, falls Russland seine Mobilmachung nicht einstelle, Deutschland auch zur Mobilmachung gezwungen werden

könne, telegraphierte Sasonow sofort seinem Botschafter in Paris (russisches Orangebuch Nr. 58): «Da wir dem Wunsche Deutschlands nicht Folge geben können, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. Verständigen Sie die französische Regierung davon und danken Sie ihr gleichzeitig für die Erklärung, die der französische Botschafter in ihrem Namen abgab, dass wir nämlich vollständig auf die Unterstützung unseres Verbündeten Frankreich zählen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung besonders wertvoll.»

Am 29. Juli also hatte Herr Viviani als Antwort auf Deutschlands Bitten und Vorstellungen persönlich Herrn Iswolsky die Versicherung der französischen Unterstützung gegeben und gleichzeitig in St. Petersburg durch Paléologue die oben resumierte Erklärung abgeben lassen, für die Sasonow herzlich als unter den gegebenen Umständen besonders wertvoll dankte. Und dies geschah an demselben 29. Juli, an dem Herr von Bethmann Hollweg dem französisch-russischen Wunsch nach einem Druck auf Oesterreich in dem jetzt bekannt gewordenen Telegramme an Tschirchky nachgab und telegraphierte: «Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.»

Die Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen erspart jedes weitere Suchen und Schürfen in den Dokumenten Frankreichs und Russlands. Sie erspart es uns, noch besonders darauf hinzuweisen, welche Haltung Frankreich nach der Proklamation der allgemeinen russischen Mobilmachung einnahm, die von Viviani einfach abgeleugnet wurde, obgleich sie in London beispielsweise schon bekannt war. Diese wenigen Zitate

und Andeutungen genügen, um ein für alle Mal festzustellen, dass Frankreich

1. darauf verzichtete, eine den deutschen Bemühungen in Wien entsprechende Aktion in St. Petersburg auszuüben, und

2. in den entscheidenden Momenten Russlands Misstrauen und Intransigenz stärkte.

Es muss der Geschichte überlassen bleiben, das endgültige Urteil zu fällen.

AUS DEM ZWEITEN BELGISCHEN GRAUBUCH

Das zweite belgische Graubuch, das aus 123 Dokumenten besteht, enthält eine Reihe von Aktenstücken über politische Fragen, die sich aus der Besetzung Belgiens durch die deutschen Truppen ergaben, ausserdem aber eine Anzahl von diplomatischen Berichten über die Vorgeschichte des Krieges, die das erste recht knapp gehaltene belgische Graubuch ergänzen sollten. Die Presse der Entente-Länder wandte ihre Aufmerksamkeit vor allem diesen Berichten zu, die man als geeignet ansah, den Eindruck abzuschwächen, den die von der deutschen Regierung veröffentlichten Akten aus belgischen Archiven hervorgerufen hatten.

In der Tat konnte eine oberflächliche Lektüre des zweiten belgischen Graubuchs den Standpunkt der Entente-Diplomatie als vollkommen gerechtfertigt erscheinen lassen und der deutschen These über den Kriegsausbruch Schaden zufügen. Aber ein aufmerksames Studium des neuen Graubuches, ein Vergleich mit den Entente-Veröffentlichungen zeigt, dass auch diese gegen Deutschland gerichteten belgischen Aktenstücke der deutschen Regierung nur willkommen sein können. Denn überall dort, wo die belgischen Diplomaten sich nicht darauf beschränken, Befürchtungen, Mutmassungen und Ansichten der französischen Diplomatie wiederzugeben, sondern auf eigenen und genauen Beobachtungen fussen, enthüllen sie Tatsachen, die den wichtigsten Behauptungen der Entente-Diplomatie strikt zuwiderlaufen und die deutsche These über den Kriegsausbruch bestätigen. Ich habe diese hochbedeutsamen Stellen des zweiten belgischen Graubuches in der französischen Ausgabe des «Regenbogenbuches»*) angeführt. Ich möchte, angesichts der

*) Dr. May Beer, La Bataille des Diplomates («Le Livre arc-en-ciel»), les documents capitaux des gouvernements belligérants, classés dans leur ordre logique et chronologique, analysés et commentés. — Ferd. Wyss, éditeur, Berne 1916.

grossen Bedeutung, die die dort behandelten Fragen in der Kontroverse über die diplomatischen Vorgänge vor Kriegsausbruch erlangten, diese einzelnen Punkte, die bisher noch nirgends verwertet worden sind, hier in aller Kürze zusammenfassen.

Die Diskussion über die Vorgeschichte des Krieges drehte sich bei den beiden kriegführenden Gruppen vor allem um folgende Streitpunkte:

1. Hat Deutschland den Text des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien gekannt, war dieses also eine zwischen den beiden Kaiserreichen abgekartete Aktion, die den Krieg hervorrufen sollte?

2. Hat Deutschland frühzeitig militärische Massregeln ergriffen, die Russlands militärische Massregeln rechtfertigen konnten?

3. Wann fand die russische, wann die französische allgemeine Mobilmachung statt?

Punkt 1: Die Diplomatie der Entente, und in erster Linie die französische, behauptete während der ganzen Kriegsverhandlungen des Monats Juli 1914, dass Deutschland die österreichisch-ungarische Note inspiriert, auf jeden Fall gekannt habe. Die französische Diplomatie kommt in ihrem Gelbbuch immer wieder auf diese Behauptung zurück. Mit ihr rechtfertigt sie die feindselige Haltung, mit der sie die deutschen Bemühungen, Frankreich zu einem friedlichen Druck auf Russland zu veranlassen, zurückwies. Keine noch so feierliche Beteuerung Deutschlands vermochte Frankreich vom Gegenteil zu überzeugen. In den ersten Dokumenten des zweiten belgischen Graubuches schliesst sich, französischen Entschlüssen gehorchend, der belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, dieser Auffassung an und wurde daher bei Erscheinen des zweiten Graubuches von der Ententepresse als Kronzeuge gegen Deutschland zitiert.

Die Ententepresse hat es damals aber unterlassen, das Dokument Nr. 52 des zweiten Graubuches heranzuziehen. In diesem Dokument schildert Baron Beyens den Abschiedsbesuch, den er am 5. August 1914 auf dem Berliner Auswärtigen Amt machte, d. h. nach

Ueberreichung und Ablehnung des deutschen Ultimatums in Brüssel, nach erklärtem Kriege, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, also in einem Augenblicke, in dem man Baron Beyens, der in seinen früheren Graubuch-Telegrammen durchaus gegen Deutschland Stellung genommen hatte, sicherlich nicht deutschfreundlicher Gefühle beschuldigen kann. Eine derartige Beschuldigung wäre um so törichter, als der Bericht erst am 22. September 1914, also nach fast zwei Monaten Krieg, in England abgefasst wurde.

In diesem Bericht finden wir folgende bedeutungsvollen Sätze:

«Ich habe aus dieser Unterhaltung den Eindruck zurückbehalten, dass Herr Zimmermann (der deutsche Unterstaatssekretär am Auswärtigen Amt. D. Uebers.) zu mir mit seiner üblichen Offenheit sprach, dass das Auswärtige Amt von Anbeginn des österreichisch-serbischen Konfliktes an Anhänger einer friedlichen Lösung war, und dass es nicht von ihm abhing, wenn seine Ansichten und Ratschläge nicht durchgedrungen sind. Ich glaube heute sogar im Gegensatz zu dem, was ich Ihnen im ersten Augenblick geschrieben habe, dass Herr von Jagow und Herr Zimmermann die Wahrheit sagten, als sie mir und meinen Kollegen versicherten, dass sie den Wortlaut des Ultimatums, das Oesterreich an Serbien gerichtet, vorher nicht gekannt haben.»

Am 22. September 1914 schreibt also der frühere belgische Gesandte in Berlin seinem Minister, dass die deutsche Diplomatie den Frieden wollte, dass sie die Wahrheit gesprochen, dass sie das Ultimatum nicht gekannt habe! Er gesteht seinen frühern Irrtum ein, tritt damit selbst allen jenen entgegen, die sich auf das zweite Graubuch stützten, um Deutschlands Beteiligung an dem Ultimatum zu beweisen, und wird ein bedeutsamer Zeuge für die deutsche Darstellung.

Punkt 2: Das französische Gelbbuch rechtfertigt die frühzeitigen russischen und französischen militärischen Massnahmen mit deutschen Mobilmachungsmass-

nahmen, die gleich nach Beginn der Krisis erfolgt sein sollen. Diese Behauptung ist von deutscher Seite immer wieder zurückgewiesen worden. Die deutschen Entgegnungen erhalten nun eine wertvolle Unterstützung durch folgende Mitteilung, die der belgische Gesandte in Berlin am 29. Juli an den belgischen Minister des Aeussern richtete (II. Graubuch Nr. 14):

«In Ihrem Telegramm vom 28. dieses Monats fordern Sie mich auf, Sie über die Massregeln auf dem Laufenden zu halten, die hinsichtlich einer Mobilmachung des deutschen Heeres getroffen werden. Von einer eigentlichen Mobilmachung ist glücklicherweise noch nicht die Rede. Aber wie mir gestern ein Militärattaché sagte, ergreift jeder Staat, ehe er mobil macht, ohne Aufmerksamkeit zu erregen, militärische Massregeln: Einberufung der beurlaubten Offiziere und Mannschaften, Pferdekäufe für Artillerie und Munitionswagen, die nur im Kriegsfalle ergänzt werden, Herstellung von Munition und Geschossen usw. Es ist nicht zweifelhaft, dass diese Vorsichtsmassregeln in Deutschland getroffen wurden. Kaltblütigkeit ist nicht weniger notwendig als Wachsamkeit. Es darf nichts überstürzt werden. Die Einberufung von drei Jahrgängen unseres Heeres in diesem Augenblicke, in dem verzweifelte Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens gemacht werden, würde hier als verfrüht erscheinen und einen schlechten Eindruck machen.»

Der letzte Satz bezieht sich auf eine Mitteilung des Ministers, dass drei Jahrgänge des belgischen Heeres einberufen würden. Der Gesandte warnt vor dieser Einberufung, die angesichts der verzweifelten Friedensbemühungen in Berlin, als verfrüht, schlechten Eindruck machen würde, in Berlin, wo noch keine Mobilmachungsmassnahmen ergriffen wurden, sondern nur die Vorsichtsmassnahmen, die jeder Staat ergreift.

Punkt 3. Die Frage nach dem Zeitpunkt der russischen und französischen allgemeinen Mobilmachung ist von höchster Bedeutung, wenn man das deutsche Ultimatum an Russland verstehen will. Deutschland rich-

tete sein Ultimatum am 31. Juli abends an die Petersburger Regierung; es forderte die Einstellung der russischen allgemeinen Mobilmachung, widrigenfalls Deutschland ebenfalls mobilisieren müsse.

Im französischen Gelbbuch wird nun das deutsche Ultimatum verzeichnet, die russische allgemeine Mobilmachung aber verschwiegen und geradezu abgeleugnet, obgleich sie doch eben die Voraussetzung für das Ultimatum war. So erklärt Herr Viviani, der damalige Ministerpräsident und Minister des Aeussern, am 31. Juli, abends 7 Uhr (Gelbbuch Nr. 117), dem deutschen Botschafter, der ihn von dem Ultimatum verständigte, er wisse nichts von einer angeblichen allgemeinen russischen Mobilmachung, und Herr Iswolsky, der russische Botschafter in Paris, erklärte dem englischen Botschafter gegenüber dasselbe. (Blaubuch Nr. 117.) Die französische allgemeine Mobilmachung wird dann später als Folge des deutschen Ultimatums hingestellt. Nach der französischen Darstellung hat Deutschland also ohne jeden Grund ein Ultimatum an Russland gerichtet, das somit eine Provokation war und den Krieg entfesseln musste. Und es hat infolge dieser Provokation Frankreich zur Mobilmachung gezwungen.

Dieser Darstellung der Entente erteilt das Dokument Nr. 17 des zweiten belgischen Graubuches ein niederschmetterndes Dementi. In diesem Dokument, das vom 31. Juli 1914 aus St. Petersburg datiert ist, berichtet der dortige belgische Gesandte dem Minister Davignon u. a. folgendes:

«Als ich heute morgen in St. Petersburg ankam, besuchte ich den französischen Botschafter. Herr Paléologue sagte mir folgendes: „Die Mobilmachung ist allgemein. Was Frankreich betrifft, so ist sie mir noch nicht notifiziert worden, aber man kann nicht daran zweifeln."»

Also: während Herr Viviani abends um 7 Uhr erklärte, er wisse nichts von einer allgemeinen russischen Mobilmachung, während Herr Iswolsky diese Erklärung bestätigte, während das französische Volk in dem

Glauben erhalten wurde — in diesem Glauben zog es in den Krieg! —, Deutschland habe die Einstellung einer Mobilmachung verlangt, die überhaupt nie erfolgt war, erklärte nach dem belgischen Berichte am Morgen desselben Tages der französische Botschafter in Petersburg, dass die russische allgemeine Mobilmachung bereits stattgefunden habe. Ja, er enthüllt noch eine bedeutsame Tatsache mehr: auch Frankreich hat bereits die allgemeine Mobilmachung vorgenommen, wenn es sie auch noch nicht amtlich mitgeteilt hat («Man kann nicht daran zweifeln!»). Mit anderen Worten: Frankreich und Russland vollziehen die allgemeine Mobilmachung vor der Ueberreichung des deutschen Ultimatums, vor Deutschlands Mobilmachung, die erst am 1. August angeordnet wurde, nachdem Russland das deutsche Ultimatum unbeantwortet gelassen und Frankreich sich geweigert hatte, neutral zu bleiben.

Man könnte aus dem zweiten belgischen Graubuch noch einige interessante Punkte hervorheben, die ebenfalls nicht der Entente-Darstellung entsprechen. Ich möchte aber nicht durch Kleinigkeiten, desgleichen nicht durch Kommentare die Wucht der wesentlichen Feststellungen des zweiten belgischen Graubuches abschwächen, nämlich

1. dass Deutschland den Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note nicht kannte, diese also keine deutsche Provokation war, dass die deutsche Diplomatie vielmehr ehrlich für den Frieden wirkte;

2. dass in einem Augenblicke, am 29. Juli, an dem sich Belgien bereits mit Mobilmachungsmassregeln beschäftigte, in Deutschland von einer Mobilmachung noch nicht die Rede sein konnte, sondern hier nur die Vorsichtsmassregeln ergriffen wurden, die alle Staaten ergreifen;

3. dass Russland am 31. Juli morgens die allgemeine Mobilmachung angeordnet hat, desgleichen Frankreich, dass die französische Diplomatie die russischen Massnahmen kannte, aber der deutschen Diplomatie gegenüber ableugnete und in ihren amtlichen Veröffentlichungen auch dem franzö-

sischen Volke verheimlichte, damit den Sinn des deutschen Ultimatums vollständig verkehrte und Deutschland, im Widerspruch zu den Tatsachen, als den Staat hinstellte, von dem die Provokation ausgegangen sei.

Wenn man bedenkt, dass sich um diese drei Feststellungen die ganze Frage nach dem Ursprung des Krieges dreht, dass sie die deutsche Darstellung völlig bestätigen und dass wir sie just in einer amtlichen belgischen Veröffentlichung aus dem zweiten Kriegsjahre finden, die gegen Deutschland gerichtet wurde, so wird man ohne weiteres ihre grosse Bedeutung für die Erkenntnis der Kriegsschuld erfassen.

***Der Bund** (Bern).*

Das Werk ist ein **unentbehrliches Hilfsmittel** für den künftigen Darsteller der Vorgeschichte und diplomatischen Einleitung des europäischen Krieges, **ein wertvolles Handbuch** für Politiker, Tagesschriftsteller, Schriftleiter und Journalisten **und ist überhaupt jedermann zu empfehlen,** der sich mit der Gegenwartsgeschichte eingehend befassen und sich ein festgegründetes Urteil darüber bilden will

Berner Tagblatt.

Ein **wertvolles Buch**, das allen, die sich mit oberflächlichen Beurteilen des grossen Geschehnisses nicht begnügen, reiche Belehrung bietet und das wir **dringend empfehlen** können.

Berner Intelligenzblatt.

Ein Buch von **weittragender Bedeutung** . . . ., ein mit einer **seltenen Sauberkeit der Quelle** und einem zähen Fleiss aufgestelltes Werk

***Vaterland** (Luzern).*

Das vierhundert Seiten starke Buch zeichnet sich durch gefällige und geschmackvolle Ausstattung und grosse Uebersichtlichkeit in Druck und Anordnung aus. Man kann es getrost als ein **politisches Ereignis** ansprechen und von ihm sagen, dass es berufen sein dürfte, **das Handbuch eines jeden** zu werden, der in der Beurteilung der gegenwärtigen Ereignisse auf die diplomatischen Quellen zurückgehen will.

Zürcher Post.

Eine **ernste, wissenschaftliche** Arbeit.

Schweiz. Handelswissenschaftliche Zeitschrift.

Zu den wenigen Werken, die dauerndes Interesse beanspruchen dürfen, gehört das Buch von Dr. Max Beer.

DEUTSCHLAND und OESTERREICH.

Strassburger Post.

(Leitartikel von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Petri, abgedruck in der führenden Presse Deutschlands und in der Zeitschri *«**Der Völkerkrieg**», Stuttgart).*

Auf den, der sich überhaupt nicht belehren lassen wil sondern der Wahrheit Augen und Ohren verschliesst, weil es ihr nicht angenehm ist, sie zu hören, wird auch das Regenbogenbuch nicht aufklärend wirken können. Wer aber mit ungetrübtem Blick und mit dem aufrichtigen Willen, die Wahrheit zu erfahren an das Problem herantritt, **hat an dem Buch einen bewanderte Führer, der ihm helfen** wird, **sich auf dem ungewohnten Gebie zurechtzufinden.**